

Aktion »Rose« – 9b (Reaktionen in der DDR und Ostberlin)

14. August 1961

9. [Einzel-Information] Nr. 421b/61 über die Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR (Fortsetzung) [Aktion »Rose«]

Quelle

BSStU, MfS, ZAIG 31066, Bl. 307–314, (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Zentraler Einsatzstab (Diese Position ist im Verteiler mit dem Zusatz »Re ergänzt, sodass eine Zuleitung fraglich ist), KGB Berlin Karlshorst – MfS: Mielke, interner Einsatzstab (Scholz), Wolf (weiter an HV A/VII), Ablage (Zur Verteilung der Berichte zum Mauerbau siehe auch → Einleitung).

Vermerk

Randmarkierung (siehe Fußnote).

Zur Stimmung der Bevölkerung

Nach wie vor ist festzustellen, dass – ohne hier noch einmal auf die im 5. Bericht angeführten Einzelheiten einzugehen – die positiven Stellungnahmen überwiegen.¹ In der Zwischenzeit wurde auch eine Reihe von Beispielen bekannt, wo Arbeiter, Brigaden und auch ganze Betriebsbelegschaften Selbstverpflichtungen übernahmen. An der bereits im genannten Bericht charakterisierten Argumentation der negativen Stimmen hat sich ebenfalls nichts Wesentliches verändert.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang aber die Tatsache, dass Provokateure in einer Reihe von Fällen die Maßnahmen der DDR mit faschistischen Maßnahmen vergleichen. In einer Anzahl negativer Diskussionen kommt ferner zum Ausdruck, dass die feindliche Einstellung einiger Personen darauf zurückzuführen ist, dass durch die Maßnahmen der DDR das illegale Einkaufen in Westberlin unmöglich gemacht wurde. (so z. B. im Werk für Fernseh elektronik in Berlin)

Verschiedentlich besagen diese negativen Stimmen auch, dass durch den Wegfall des illegalen Westeinkaufes die Versorgungslage noch schwieriger würde. Diskussionen dieser Art sind besonders unter den Jugendlichen verbreitet.

Allgemein ist festzustellen, dass bei negativen Erscheinungen in der DDR und im demokratischen Berlin die Jugendlichen eine besondere Rolle spielen.

- Jugendliche im Klubhaus der Jugend in Apolda äußerten zum Beispiel: »Jetzt wäre es schlecht, man könne nicht mehr nach Berlin fahren wie man wolle. Sie wären damit nicht einverstanden. Sie würden Berlin wieder erobern.«
 - Jugendliche in Hennigsdorf äußerten, sie würden einen Grenzdurchbruch unternehmen, falls sie nicht mehr nach Westberlin gelassen werden
- Verschiedentlich werden in den Berichten der Bezirke auch solche Einschätzungen getroffen, dass Schwankungen vor allem in Kreisen des Mittelstandes und der LPG-Bauern auftraten. Nach wie vor kommen in den Berichten der Bezirke auch Befürchtungen davor zum Ausdruck, dass
- durch die Maßnahmen der DDR die Kriegsgefahr erhöht würde,
 - die Verbindung zu Verwandten in Westberlin vollkommen unterbunden werden könnte und damit die »Missstimmung« vergrößert würde,
 - die Missstimmung sich dadurch verstärken könne, wenn der innerdeutsche Handel eingestellt werde.

Wenn auch nach vorliegenden Berichten noch keine Einschätzung der Haltung der Intelligenz möglich ist, so lassen vorliegende Äußerungen doch erkennen, dass im Gegensatz zu Kreisen der medizinischen Intelligenz unter Angehörigen der technischen Intelligenz in größerem Maße negative bzw. abwartende und unklare Stellungnahmen verbreitet sind. Diese unklaren und abwartenden Stellungnahmen sind zu einem großen Teil mit der Frage verbunden, inwieweit die Angehörigen der Intelligenz die Möglichkeit haben werden, nach Westberlin oder Westdeutschland zu wissenschaftlichen Kongressen und Besuchen von Verwandten zu reisen.

In den positiven Stellungnahmen von Angehörigen der medizinischen Intelligenz und Kernphysikern der Deutschen Akademie der Wissenschaften wird u. a. zum Ausdruck gebracht,²

- dass keine Provokationen auftreten werden und die Lage sich in einigen Tagen wieder normalisieren wird, wenn die Ausgabe der Passiersch in Kraft tritt,
- dass Westberliner das demokratische Berlin betreten können, sei eine kluge Maßnahme,
- dass die Maßnahmen schon früher hätten erfolgen müssen, dann wären der DDR viele Schwierigkeiten erspart geblieben.

Die negativen Diskussionen aus Kreisen der technischen Intelligenz des VEB Berlin-Projekt, ZLF Berlin Treptow, Metallprojektierung Berlin sowie aus den verschiedensten Instituten, der Deutschen Akademie der Wissenschaften, aus der Charité und der Humboldt-Universität haben Folgendes zum Inhalt:

- Die Regierung der DDR habe nur Angst, dass noch mehr Bürger die DDR verlassen.
 - Ein Staat, der es nötig habe, seine Menschen mit Stacheldraht und Panzern in den Grenzen zu halten, sei eine fragwürdige Erscheinung.
 - Es wäre besser gewesen, mit diesen harten Maßnahmen bis zum Friedensvertrag zu warten.
 - Es sind diktatorische, aus der Not heraus geborene Maßnahmen zur Abwehr der Republikflucht.
 - Die Maßnahmen und die Bajonette sind nur gegen die friedliebenden Menschen der DDR gerichtet.
 - Wenn schon eine Ordnung erfolgt, dann sollten auch die Westberliner das demokratische Berlin nicht mehr betreten dürfen.
 - Jetzt werden bei der Behandlung der Menschen in der DDR bestimmt andere Seiten aufgezogen, da niemand mehr die DDR verlassen könnte.
- Darüber hinaus gibt es Hinweise aus den Instituten der Deutschen Akademie der Wissenschaften und aus der Charité, wonach Wissenschaftler, Ärzte und Heilgymnastiker, die in Westberlin wohnen, kündigen wollen, da ihnen künftig die Lohnausgleichsstelle kein Westgeld mehr auszahlen würde.

Für die abwartenden und unklaren Diskussionen sind folgende Meinungen charakteristisch:

- Wir wollen erst mal sehen, wie die ergänzenden Verordnungen bezüglich des Besuchens von Westberlin aussehen werden.
- Dieser Zustand kann Jahre dauern, da die Westmächte keine Zugeständnisse machen werden.
- Es wird Schaden entstehen durch die Kündigung des innerdeutschen Handels, der von der DDR und den sozialistischen Ländern nicht aufgefangen werden könne.

Die in den Bezirken der DDR und im demokratischen Berlin kursierenden *Gerüchte* haben meistens zum Inhalt, dass aufgrund der Maßnahmen der DDR mit einer Geldentwertung zu rechnen sei. Nachdem im Kreis Neuhaus/Suhl das Gerücht kursierte, dass nun die stärkere Absicherung der Staatsgrenze West der DDR erfolge und Wirtschaften an der Staatsgrenze evakuiert würden, taucht dieses Gerücht auch in Wernigerode und Oschersleben/Magdeburg auf.

Gegnerische Provokationen und Vorkommnisse

Im Zusammenhang mit den eingeleiteten Maßnahmen in Berlin ergaben sich heute drei Schwerpunkte:

- In Westberlin wurden eine Reihe von Hetzkundgebungen inszeniert, insbesondere in den Nachmittagsstunden.
 - Trotz der eingeleiteten Maßnahmen erfolgten Republikfluchten nach Westberlin im Ergebnis ungenügender Sicherung einzelner Grenzabschnitte.
 - Bei Lebensmitteln wurden im demokratischen Berlin sowie in den Randgebieten verstärkt sogenannte »Angsteinkäufe« getätigt.
- Der Verkehr an den Übergangsstellen zum demokratischen Berlin verlief völlig normal, und bis in die frühen Morgenstunden waren keine Ansammlungen in diesen Grenzgebieten festzustellen. Danach bildeten sich mehrfach an den Übergangsstellen auf Westberliner Gebiet Zusammenrottungen, besonders von Jugendlichen, davon auch solchen, die unseren Posten bereits vom Vortage her als Provokateure bekannt waren. Mittelpunkt derartiger Zusammenrottungen bildete bis in die Nachmittagsstunden hinein das Brandenburger Tor mit bis zu 5 000 Personen, von denen ein kleiner Teil aktiv mit Hetzparolen und Schmährufen auftrat. In Einzelfällen mussten am Brandenburger Tor von unseren Sicherungsgruppen Wasserwerfer usw. eingesetzt werden, da Westberliner Provokateure versuchten, in das Gebiet des demokratischen Berlin vorzudringen.

Nachdem gegen 14.00 Uhr die Übergangsstelle Brandenburger Tor durch unsere Sicherheitskräfte gesperrt worden war, wurde auf westlicher Seite den dort Versammelten der Zutritt in unser Gebiet durch Anbringen einer Seilabspernung verwehrt.

Heute, gegen 18.00 Uhr wurde festgestellt, dass am Brandenburger Tor westlicherseits von den Stupos Zelte aufgebaut werden. Welchem Zweck sie dienen sollen, ist bisher nicht bekannt.

Am heutigen Tage, gegen 10.00 Uhr wurden unsere Posten von Stupos wiederholt in verschiedenen Gebieten der Sektorengrenze provokatorisch aufgefordert, bis 10.00 Uhr Sperren und Stacheldraht zu räumen, andernfalls wollten sich die Stupos selbst Zutritt verschaffen und diesbezüglich eine Änderung herbeiführen. Während der gleichen Zeit waren an verschiedenen Abschnitten der Grenze Lautsprecherwagen eingesetzt, die RIAS-Nachrichten übertrugen.

Bereits in den Vormittagsstunden (ca. 11.00 Uhr) hielten sich Oberbürgermeister³ Brandt sowie andere Persönlichkeiten in der Nähe des Brandenburger Tores auf, um sich persönlich von der Situation zu überzeugen. In den frühen Nachmittagsstunden hetzte Brandt vor dem Brandenburger Tor westlicherseits vor ca. 5 000 Westberlinern in einer Kundgebung gegen die Maßnahmen der Regierung der DDR. Vorher hatte bereits eine Kundgebung diesen Charakters vor dem Schöneberger Rathaus sowie auf dem Kurt-Schumacher-Platz mit einer anschließenden Demonstration der ca. 3 000 Beteiligten bis in die Nähe der Sektorengrenze stattgefunden.

Wie auf Handzetteln und durch Lautsprecher in Westberlin aufgerufen, fand in der Zeit von 14.00 bis 14.15 Uhr eine sogenannte Arbeits- und Betriebsruhe in ganz Westberlin als Protest gegen die Maßnahmen der DDR statt. Daran beteiligte sich der größte Teil der Westberliner Bevölkerung. Die Berliner S-Bahn im Gebiet von Westberlin sowie die zwei RAW setzten ihre Arbeit wie üblich fort.

Gegen 10.10 Uhr passierte Dibelius das Brandenburger Tor in Richtung Marx-Engels-Platz.

Infolge ungenügender Sperrmaßnahmen seitens unserer Sicherungskräfte konnten im Laufe des heutigen Tages mehrfach Bürger des demokratischen Berlin und der Bezirke der DDR ohne Kontrolle Westberliner Gebiet erreichen. In Berlin-Marienfelde sollen mit jedem S-Bahnzug mehrere Personen angekommen sein, die sich im Flüchtlingslager meldeten. Eine Reihe ungenügend abgesicherter Grenzgebiete sind bekannt, und es wurden Maßnahmen zur Änderung eingeleitet. In einigen Fällen erreichten Bürger des demokratischen Berlin Westberlin nach Durchschwimmen des Teltow-Kanals.

In diesem Zusammenhang sind wiederholt Meldungen herangetragen worden, dass Spekulationen mit Westberliner Personalausweisen zum Zwecke des ungehinderten Übergangs nach Westberlin betrieben werden.⁴ Am Bahnhof Friedrichstraße sollen Westberliner Ausweise von Westberliner Bürgern übergeben worden sein. Einige Westberliner Personen, die im Besitz mehrerer Westberliner Ausweise waren und im Verdacht der Spekulation mit diesen standen, wurden festgenommen. Dabei wurde bekannt, dass auch Westberliner Studenten Westausweise in das demokratische Berlin verbringen sollen, um ihren Kommilitonen den Übergang nach Westberlin zu ermöglichen.⁵

Im verstärkten Maße wurden heute Personen im demokratischen Berlin und in der DDR Telegramme aus Westdeutschland und Westberlin zugesandt mit dem Inhalt, dass ein sofortiger Besuch infolge schwerer Erkrankung eines Verwandten 1. Grades oder infolge eines Todesfalles erforderlich sei. Mit diesen Telegrammen versuchen die betreffenden Personen, die Sektorengrenze in Richtung Westberlin zu überqueren. Aus den Randgebieten Berlins versuchten besonders in den Morgenstunden ehemalige Grenzgänger,⁶ das demokratische Berlin durch Vorlage des Arbeitsbuches, in dem die ehemalige Arbeitsstelle im demokratischen Berlin als letzter Beschäftigung eingetragen ist, zu erreichen. Im demokratischen Berlin war die Lage an der Sektorengrenze heute im Wesentlichen ruhig. Während der Absperrmaßnahmen an der Übergangsstelle Brandenburger Tor in den frühen Nachmittagsstunden war vereinzelt ein Menschenstau, hauptsächlich Jugendliche, zu verzeichnen (bis zu 500 Personen). Bei den Betroffenen handelt es sich meistens um Schaulustige. Einige Jugendliche inszenierten an der Friedrichstraße eine Provokation gegenüber unseren Sicherungskräften, die zu einer Schlägerei ausartete, sodass einige Festnahmen erfolgen mussten. Vor der sowjetischen Botschaft Unter den Linden hatten sich gegen Mittag ca. 400 Personen versammelt, die jedoch keinerlei Provokationen durchführten und ohne Vorkommnisse zerstreut werden konnten.

In Einzelfällen erschienen Westberliner heute Morgen nicht an ihren Arbeitsplätzen im demokratischen Berlin oder verließen diese mit der Begründung, dass in Zukunft vermutlich der Umtausch von Ost- in Westgeld nicht mehr gewährleistet sei. (z. B. Bahnbetriebswerk Oberschöneweide)

Im Betonwerk Grünau versuchten heute Morgen vier Arbeiter des Großplattenbaues sowie ein Eisenflechter, eine Resolution gegen den Regierungsbeschluss zu verfassen.

Heute, gegen 14.50 Uhr, wurde der ehrenamtliche Parteisekretär des VEB Kühlautomat Berlin (Werk II, Warschauer Straße) nach einer Diskussion über die Maßnahmen der Regierung, in der er positiv und aufklärend auftrat, von einem ehemaligen SED-Mitglied niedergeschlagen. Übereinstimmend wird aus den Berliner Stadtbezirken und aus den Randgebieten Berlins gemeldet, dass größere Angsteinkäufe in Lebensmittelgeschäften durchgeführt werden, sodass die Verkäuferinnen dem Ansturm nicht mehr gewachsen waren. Gekauft werden in erster Linie Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte, Zucker sowie Fleischkonserven.

Aus dem Stadtbezirk Pankow wird nach unüberprüften Meldungen bekannt, dass heute von Berliner Bürgern verstärkt Geldabhebungen auf der Sparkasse getätigt wurden.

An der Staatsgrenze West ist es nach vorliegenden Berichten am heutigen Tage zu keinen besonderen Vorkommnissen gekommen.

Vereinzelt werden aus den Bezirken der DDR stattgefunden Provokationen im Zusammenhang mit den Maßnahmen unserer Regierung gemeldet.

So nahmen im VEB Holzbau Oranienburg/Potsdam heute morgen von den 200 dort beschäftigten Arbeitern 25 ihre Arbeit nicht auf und forderten eine Rückgängigmachung der Maßnahmen um Berlin. Die drei Rädelsführer mussten festgenommen werden.

Im Bezirk Halle wurden in zwei Fällen selbstgefertigte Hetzschriften verteilt, die sich gegen die Maßnahmen unserer Regierung richten. Im Stadtgebiet Artern/Halle richteten sich die Hetzschriften gegen führende Funktionäre unseres Staates sowie der BRD. In Naumburg/Halle wurde auf den Hetzzetteln eine Änderung der Absperrmaßnahmen in Berlin gefordert.

In weiteren Fällen, die jedoch keinen größeren Umfang annehmen, wurde von Personen, die zum Teil noch ermittelt werden müssen, in anonymen Anrufen oder Briefen, in angeschmierten Hetzparolen oder in mündlichen Äußerungen gegen die Maßnahmen unserer Regierung gehetzt.

¹
Vgl. Information [417/61](#).

²
Anstreichung am Rand v. »Wenn auch« bis »Ausdruck gebracht«.

³
Muss heißen: Regierender Bürgermeister.

4

Vgl. Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. München 2005, S. 88.

5

Vgl. Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. München 2005, S. 95 ff.

6

Zur Grenzgängerproblematik vgl. ausführlich Roggenbuch, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau. Berlin 2008.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.